

Litauische Rundschau

Preis Einzeln. 50 Pf.

Einzige deutsche Tageszeitung in Litauen.

Organ der Partei der Deutschen Litauens.

Geschäftl. u. Redaktion: Kowno, Keistučio g-vė Nr. 4.
Telephon Nr. 323. Postfach Nr. 25.
Telegrammadresse: Litru Kaunas.
Postscheckkonto Königsberg i/Pr. Nr. 13680.
Geschäftsstunden: von 8—12 Uhr vormittags u.
von 4—7 Uhr nachmittags.

II. Jahrgang.

Nr. 45.

Kowno, Dienstag 8. März 1921.

Die „Litauische Rundschau“ erscheint täglich ausser Montags.
Abonnementspreis fürs Inland per Post und Ausgabestellen
für 1 Monat — 10 M. Für 3 Monate — 30 M. Fürs Ausland
für 1 Monat — 25 M. Für 3 Monate — 75 Mark.
Anzeigen kosten: die Kleinzeile oder deren Raum 2 Mark
an bevorzugter Stelle (über dem Anzeigetrich) 4 M. 50 Pf.
Reklame die Zeile 3 Mark.
Preisänderungen behält sich die Redaktion vor.

Von der Londoner Konferenz. Das Ultimatum der Alliierten an Deutschland.

Die deutschen Gegenvorschläge in London haben, wie zu erwarten war, von Seiten der Alliierten eine entschiedene Ablehnung erfahren. In seinen Darlegungen in der Sitzung der alliierten Delegationen vom 3. März untersucht Staatsminister Chamberlain die deutschen Vorschläge und weist ihre Unannehmbarkeit nach.

Während eine Nachricht davon spricht, dass man den deutschen Delegierten wahrscheinlich Gelegenheit geben werde, vor dem Abbruch der Konferenz ein anderes Angebot einzubringen, berichtet Havas, dass Lloyd George in der Nachmittagsitzung des 3. März den deutschen Delegierten eine Note überreichte, in der es heisst:

- 1) die deutschen Gegenvorschläge werden für unannehmbar erklärt;
- 2) das Pariser Abkommen muss die Grundlage der Besprechungen bleiben, wobei vorgemerkt wird, dass die beiden beteiligten Parteien sich über die Durchführungsmöglichkeiten verständigen können;
- 3) die deutsche Abordnung wird vor eine Höchstfrist von vier Tagen gestellt, um ihre Annahme des Abkommens vom 22. Januar kundzugeben;
- 4) falls sich die deutsche Abordnung weigern sollte, zu unterzeichnen, so würden die Alliierten alle rheinischen Kohlenhäfen besetzen;
- 5) sollte Deutschland auf seiner Weigerung beharren, sollen Zwangsmassnahmen getroffen werden, wie z. B. Erhebung des halben Erlöses aus den Verkäufen Deutschlands an das alliierte Ausland, Errichtung einer besonderen Zollverwaltung, welche das linke Rheinufer von dem diesseitigen Deutschland abtrennt, und zwar unter Aufsicht der Reparationskommission.

Lloyd George erinnerte an die Nichterfüllung der Verträge betreffend die Kohlenlieferungen, der Entwaffnungsbedingungen, der Zahlung von 20 Milliarden und der Bestrafung der Kriegsverbrecher. Wenn die Deutschen nicht bis Montag mittag die Grundlagen des Pariser Abkommens annehmen würden, würden sofort die oben erwähnten Zwangsmassnahmen angewendet werden. Für die Besetzung neuer Plätze kommen besonders in Frage Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf. Etwasige Änderungen der Pariser Beschlüsse könnten nur die Art der Zahlung betreffen, wie etwa die Herabsetzung der Zahlungsdauer von 42 auf 30 Jahre.

Auf Seiten der Alliierten herrschte unbedingte Übereinstimmung, sowohl in Bezug auf die deutschen Gegenvorschläge, als auch auf die Folgen. Die Sitzung war von grosser Bedeutung.

Nach dem deutschen Bericht nahmen an der Sitzung ausser der deutschen Delegation auch die Delegationen von England, Frankreich, Japan und Belgien teil. In seiner Rede, die er sofort nach Eröffnung der Sitzung hielt, bezeichnete Lloyd George die deutschen Gegenvorschläge als einen Angriff auf den Grundgedanken des Versailler Vertrages. Deutschland habe im Friedensvertrage seine Verantwortlichkeit für den Krieg anerkannt und habe deshalb für die Kriegsschäden Reparation zu zahlen. Er sei der Meinung, dass das Deutsche Volk noch nicht genug dem Umfang der Zerstörungen würdige, die durch den vom kaiserlichen Deutschland heraufbeschworenen Krieg verursacht seien. In langer Ausführung hierzu schilderte Lloyd George die Verwüstungen und Zerstörungen, die in den alliierten Ländern angerichtet worden seien. Er müsse feststellen, dass die deutschen Gegenvorschläge als Grundlage einer Besprechung oder Prüfung völlig ungeeignet seien, im Gegenteil, sie bedeuteten eine Beleidigung und Herausforderung der Alliierten.—

Dem Reuterschen Bericht über die Sitzung entnehmen wir noch folgende Stelle der Rede des Lloyd George: „Das deutsche Volk meint, dass unsere Forderungen eine unzulässige Repressalie sind, die den Zweck haben, sein grosses Land zu vernichten, das Volk selbst zu Sklaven zu machen. Uns wäre es angenehm, die Erfolge deutscher Kultur zu sehen, aber keineswegs angenehm ist es für uns, zu sehen, dass die Deutschen die Kultur Europas zu vernichten drohen.—Wir wollen Ihnen kein Joch auferlegen, wir wollen Sie einfach nur zwingen, Ihre Versprechungen bezüglich der Kriegsschäden zu halten, für die Ihre kaiserliche Regierung die Verantwortung zu tragen hat.“

Nach einer Meldung aus Berlin beschäftigte sich das Reichskabinett am 3. März mit den Berichten aus London. Auf Grund der vorliegenden noch unvollständigen Nachrichten beschränkte sich das Kabinett darauf, die von Lloyd George angekündigten Massnahmen vorläufig durchzusprechen.

Luftverkehr Kowno — Königsberg.

KOWNO, 7. 3. (eig. Meldung)

Nachdem die Verhandlungen der „Danziger Luftreederei“ über eine Flugverbindung Königsberg—Kowno mit den hiesigen Behörden zu einem befriedigenden Abschluss gelangt sind, hat sich nun auch das deutsche Reichspostministerium mit der hiesigen Postdirektion in Verbindung gesetzt, um die Bedingungen für den Probeflug und die späteren regelmässigen Flüge zu vereinbaren. Es ist möglich, dass der Probeflug hierdurch um einige Tage verzögert wird. Wie wir bereits gemeldet haben, sollte der Probeflug am 9. oder 10. März stattfinden.

Der Beschluss des Völkerbundes betr. Wilna.

PARIS, 5. 3. (Elta).

In seiner Sitzung vom 2. März hat der Völkerbund den Beschluss von Brüssel, in Wilna eine Volksabstimmung vorzunehmen, aufgehoben. Anstelle des Plebiszits sollen nunmehr zur Schlichtung des litauisch-polnischen Konfliktes zwischen beiden Ländern Verhandlungen aufgenommen werden, die in Brüssel stattfinden sollen. Den Vorsitz bei diesen Verhandlungen soll Hymans führen. Die Verhandlungen sollen nach Verlauf eines Monats beginnen und die territoriale Frage sowie die wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen der beiden Länder behandeln. Bis zur endgültigen Entscheidung der strittigen Fragen soll: 1) Zeligowski dem polnischen Kommando wieder unterstellt oder aber sein Heer durch reguläre polnische Truppen ersetzt werden; 2) soll das polnische Heer nicht mehr als 15 000 Mann umfassen dürfen; 3) soll das litauische Heer an diesem Teile der Front nicht mehr als zwei Divisionen umfassen, der überschüssende Teil des Heeres soll in das Innere des Landes zurückgeführt werden; 4) soll die litauische Regierung den Bedarf an Lebensmitteln und Saatgut für die Zivilbevölkerung des Wilnaer Gebietes liefern. Den Polen wird die Vornahme von Requisitionen verboten, das polnische Heer hat für seine Verpflegung selbst zu sorgen; 5) soll die Verwaltung des Landes bestehen bleiben; irgendwelche Neuwahlen dürfen nicht vorgenommen werden; 6) die Kontrolle über die Verpflegung und die Einhaltung der Vertragspunkte wird der Militärkommission des Völkerbundes übertragen.

Die Verhandlungen in Brüssel sollen auf der Grundlage der völligen Gleichberechtigung vor sich gehen. Beide Länder haben diese Resolution im Laufe von zehn Tagen zu ratifizieren.

Bekanntmachung.

Die Abstimmung in Oberschlesien ist endgültig auf den 20. März festgesetzt worden. Entsprechend dem Friedensvertrag werden alle Abstimmungsberechtigten gleichzeitig stimmen. Alle in Litauen wohnhaften deutschen Reichsangehörigen die stimmberechtigt sind und sich in die Abstimmungslisten haben eintragen lassen, werden hiermit aufgefordert, ihrer vaterländischen Pflicht zu genügen.

Gleichzeitig gebe ich im Folgenden einen Aufruf der Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier mit dem Bemerkten Raum, dass ich gern bereit bin, jederlei Gaben, die geeignet sind, die Abstimmung zu fördern, weiterzuleiten.

Schoenberg

Deutscher Geschäftsträger
für Litauen.

Protest der Wilnaer Litauer.

WILNA, 5. 3. (Elta).

Nach einer Meldung des „Vilnius“ hat das „Zeitweilige Komitee litauischer Bürger Wilnas“ in seiner Sitzung vom 22. Februar den Beschluss gefasst, dem Völkerbunde eine Resolution zu überreichen, in der zum Ausdruck gebracht wird, dass die von den polnischen Einwohnern Wilnas entsandte Delegation nicht befugt ist, im Namen der Einwohner Wilnas zu sprechen. Die Delegation sei nur dadurch gebildet worden, dass die jüdischen Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung sich der Stimme enthalten hätten, während die Sozialdemokraten gegen den Beschluss des Stadtparlaments, eine Delegation zum Völkerbundsrat zu entsenden, gestimmt hätten. Der in dem Beschluss des Stadtparlaments zum Ausdruck gebrachte Wille der Wilnaer Bevölkerung, mit Polen vereinigt zu werden, stelle nur die Meinung des polnischen Teils der Bevölkerung dar, während sich Litauer, Juden und Weissrussen für den Anschluss an Litauen ausgesprochen hätten.

Allgemeine Abrüstung in Sicht?

Nach einer Meldung des Reuterschen Buros aus Washington nahm der Senat der Vereinigten Staaten einstimmig eine Abänderung zum Flottengesetz an, wonach der Präsident ermächtigt wird, eine Konferenz von Vertretern Grossbritanniens, Japans und der Vereinigten Staaten zu berufen, um über die Frage der Abrüstung der Flotten zu beraten.

Direkter Zugverkehr Berlin—Reval.

RIGA, 5. 3. (Elta)

Nach einer Meldung der „Leta“ steht die Einrichtung eines direkten Zugverkehrs zwischen Berlin und Reval im Anschluss an die Linie Berlin—Riga bevor. Die Reise von Berlin nach Reval dauert 57 Stunden. Schlafwagenbillets kosten 1500 deutsche Mark, die Fahrt zweiter Klasse 760 Mark.

Ueber die Lage in Russland.

KOWNO, 8. 3. (Elt.)

Nach Mitteilungen aus Russland zugereister Personen sollen die letzten Kämpfe in Moskau äusserst heftige gewesen sein. Unter anderem soll der bekannte, jahrhunderte alte Kreml, zuletzt der Sitz der bolschewistischen Regierung, bei dem Kämpfen zwischen Bolschewisten und Gegenrevolutionären fast völlig zerstört worden sein. Ebenso soll es sich bestätigen, dass Trotzki und Lenin Moskau verlassen haben.

(Wir geben diese Nachricht mit allem Vorbehalt wieder, da wir nicht in der Lage sind, sie auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen, Bekanntlich hatten die Bolschewisten bereits durch Funkspruch aus Moskau gemeldet, dass die Ordnung wiederhergestellt worden sei; D. Red.)

Wie die Kopenhagener Zeitung „Politiken“ aus Reval berichtet, sind dort zwei alarmierende Nachrichten aus Petersburg eingetroffen, nach denen die Matrosen, etwa 40,000 Mann, einen neuen Aufbruch hervorgerufen haben. Die Befestigungen und das Schloss befinden sich nach Meldungen, die der Minister des Ausseren von Estland erhalten hat, in den Händen des Revolutionskomitees. Andere Meldungen wollen wissen, dass auch ganz Petersburg von dem Komitee beherrscht wird. Die weisse Flagge soll über dem Winterpalais in Petersburg und über dem Kreml in Moskau wehen. Die Meldungen besagen weiter: Die Soldaten in Moskau weigerten sich, gegen die Auführer vorzugehen. Von Süden her sind revolutionäre Truppen im Anmarsch gegen Petersburg. In ganz Russland herrscht erregte Bewegung. Weitere Funksprüche des Revolutionskomitees bestätigen, dass es in Kronstadt die Macht hat und im Einvernehmen mit dem antibolschewistischen General Koslowski arbeitet.

Inwieweit diese Meldung zutrifft, lässt sich gar nicht sagen. Aus Helsingfors wieder wird gemeldet, dass es der Sowjetregierung gelungen sei, den Aufstand in Petersburg zu unterdrücken. Zu diesem Zweck seien Fronttruppen herangezogen worden.

Bevorstehende Konferenz in Barselona.

BERLIN, 5. 3. (Elt.)

Der Völkerbund hat nach Barselona eine Konferenz berufen, um die in den Völkerbundakten vorgesehene allgemeine Verkehrs- und Transitfreiheit der Verwirklichung zuzuführen. Das Programm der Konferenz umfasst die Aufstellung von Entwürfen zu einem Weltvertrag über die Freiheit des Durchgangsverkehrs.

Oberschlesien.

BERLIN, 5. 3. (Elt.)

Nach einer Meldung des Wolfischen Telegraphischen Büros hat der Durchtransport der für Oberschlesien bestimmten Ententetruppen heute begonnen.

Der Streik in Polen beendet.

WARSAU, 5. 3. (Elt.)

Nach einem Funkspruch aus Warschau steht die Beilegung des Eisenbahnerstreiks in Polen unmittelbar bevor. Die Militarisierung der Eisenbahnen wird aufgehoben.

Das lettisch-russische Verkehrsabkommen unterzeichnet.

RIGA, 5. 3. (Elt.)

Nach einer Meldung der „Leta“ wurde am 26. Februar von dem lettischen Verkehrsminister Kultschinski und dem Vertreter der russischen Sowjetregierung Ganetzki das russisch-lettische Verkehrs-

abkommen unterzeichnet. In dem Abkommen ist der direkte Personen- und Güterverkehr zwischen den beiden Staaten vorgesehen.

Lettsch-litauischer Warenaustausch.

Nach einer Meldung der „Leta“ hat der lettische Verpflegungsminister Litauen den Austausch von fünf Eisenbahnzügen mit Heu gegen litauisches Getreide angeboten.

Der Ausbau des finnischen Hafens Hangö.

Im Gegensatz zu dem nicht eisfreien Helsingforser Hafen kann unter Zuhilfenahme von Eisbrechern der Hangöer Hafen fast immer offen gehalten werden. Es entspricht der Bedeutung dieses Hafens, dass jetzt an seinem Ausbau gearbeitet wird. Sowohl am Freihafen, wie auch an der Errichtung einer neuen Kaimlage wird zurzeit gebaut. Zur Unterbringung von Papier, Zellulose und Holzstoffen wird ein Speicher von 10,000 Tons errichtet.

Gegen die rote Gewalt.

PARIS, 8. 3. (Elt.)

Nach einer Havasmeldung aus Washington, richtete der amerikanische Arbeiterbund einen Aufruf an die organisierten Arbeiter der ganzen Welt, insbesondere der Vereinigten Staaten, indem sie aufgefordert werden, gemeinsam gegen die Versklavung und das unerhörte Niedermetzeln der Arbeiter in Sowjetrußland zu protestieren.

Kleine Meldungen.

RIGA, 1. 3. (Elt.)

Nach einer Meldung der „Leta“ beschäftigt sich die estnische Presse mit dem Gedanken, die nur selten wiederkehrende Gelegenheit, dass die Vertreter der Nachbarländer Estlands einmal in Reval zusammengekommen sind, dazu zu benutzen, um die Beziehungen zwischen den benachbarten Ländern enger zu gestalten. Schon vor drei Jahren wurde in politischen Kreisen dieser Länder der Gedanke erwogen, ein Bündnis der neuen baltischen Staaten zu bilden. Ein solches Bündnis würde, da es ein Schutz- und Trutzbündnis gegen Angriffe vonussen sein würde, die Möglichkeit gewähren, sich zu organisieren und die Unabhängigkeit zu behaupten.

RIGA, 3. 3. (Elt.)

Nach einer „Leta“-Meldung hat Rumänien Lettland de jure anerkannt.

WARSAU, 27. 2. (Elt.)

Nach einem Warschauer Funkspruch aus Paris beträgt das Budget des Völkerbundes für das Jahr 1921 21, 1/4 Millionen Goldfrank.

PARIS, 27. 2. (Elt.)

Auf Grund des kürzlich zwischen Polen und Frankreich abgeschlossenen Vertrages geht, wie „Humanité“ meldet, das Petroleumgebiet von Gallizien in die Hände französischer Kapitalisten über.

LONDON, 27. 2. (Elt.)

Nach einer Reutermeldung beschloss die Pariser Botschafterkonferenz, Delegierte nach Schlesien und Danzig zu schicken um das deutsche Flugmaterial, welches der Entente gehört, zu besichtigen. Die Konferenz beabsichtigt an den Völkerbund eine Note zu richten, welche die Frage des Kriegsmaterials in Danzig betrifft, wo noch jetzt Waffen aufgestapelt und ausgeführt werden.

Oberschlesier! Deutsche!

Der Endkampf um die Erhaltung Oberschlesiens naht; er wird heisser und schwerer, als wir es geglaubt haben.

Wir haben Aufrufe an Euch mit der Bitte gerichtet, uns mit Geldmitteln in unserem Kampfe zu unterstützen.

Herzlichen Dank allen denjenigen, welche Ihr Scherflein dazu beigetragen haben. Die Tatsache, dass Sie uns in so weiter Ferne von der Heimat nicht vergessen haben, hat unseren Mut beseelet und gestärkt.

Aber Landsleute! Denkt weiterhin an uns! Vergeßt uns nicht. Wer noch nicht beigezogen hat, tue es gleich! Sammelt und gebt, was Ihr könnt! Jede Summe ist willkommen. Schickt die Beträge durch Eure Banken für Konto der „Vereinigten Verbände heimatretreuer Oberschlesier“ an die

Deutsche Bank, Depositenkasse K.
Berlin NW. 32
Alt-Moabit 128,

ein.

Auch Lebensmittelsendungen für darbennde Frauen und unterernährte Kinder werden mit inligstem Dank angenommen. Wir sorgen für gerechte Verteilung.

Aber noch eine Hilfe erbitten wir von Ihnen — die moralische Unterstützung.

Schicken Sie uns aus allen Teilen der Welt Protesttelegramme, in denen Sie Einspruch erheben gegen die beabsichtigte Übergabe des deutschen Oberschlesiens an das verrottete Polen, denn Oberschlesien ist deutsch und muss deutsch bleiben.

Mancher Wankende wird durch Ihre Telegramme aus dem fernem Auslande seiner Heimat die Treue bewahren und den Verlockungen der Polen und Franzosen widerstehen.

Wie blutig und grausam der Kampf gegen uns deutschgesinnte Oberschlesier von Seiten der Polen — begünstigt durch die Franzosen — geführt wird, ersehen Sie aus der Prämie von einer Million deutscher Reichsmark, welche das Plebiszitkommissariat für Deutschland in Kattowitz auszubieten sich gezwungen gesehen hat, um Oberschlesien von den polnischen Mordräuben und Henkern des polnischen Auführerhäftlings Korfanty zu befreien. Dieser Aufruf erzählt mehr als langseitige Berichte es sagen können.

Die Franzosen und Polen fürchten, dass Oberschlesien deutsch bleibe. Das wollen sie verhindern. Es wird ihnen nichts nützen. Wir hoffen bestimmt unser Ziel zu erreichen:

Unser Oberschlesien war deutsch und wird deutsch bleiben!

Mit deutschem Gruss

Vereinigte Verbände heimatretreuer Oberschlesier
Abt. Oberschlesier im Auslande.

Telegrammadresse: Heimatreu — Berlin.

Druckfehlerberichtigung.

Von interessierter Seite werden wir auf einen bedauerlichen Druckfehler aufmerksam gemacht. In dem Telegramm „Kein Plebiszit in Wilna —“ Nr. 44, 2. Seite oben links, heisst es naturlicher statt „unter dem Schutze des Völkerbundes“ richtig „unter dem Schutze des Völkerbundes“. (D. Red.)

Im Wege der Ausschreibung sucht die Intendantur zu kaufen:

13 Zentesimalwagen b. 1000 Kilo Tragfhkg.		} mit Gewichten
100 Dezimalwagen	500	
100	200	
154	100	
306 Tafelwagen	10	
200 komplette Sätze Gewichte b. 10 Kilo.		

Angebote mit Angabe von Anzahl und Preis sind unter Beifügung von Katalogen in geschlossenen Umschlägen mit der Aufschrift „Svarstykliai varzintinams“ (Angebot auf Waagen) an die Intendantur, Kowno, Laives Allee Nr. 16 bis zum 21. März 1921 einzureichen. Nachheres über die Bedingungen ist täglich in den Geschäftsstunden in der Handelsabteilung der Intendantur zu erfragen. Die Angebote sind mit 20 Mark Stempelmarke zu versehen, der Gewerbeschein (Patent) oder eine beglaubigte Abschrift desselben (Patent) oder eine beglaubigte Abschrift des Angebotsantrags an die Intendanturkasse und 10% der Angebotssumme an dem Angebot legt die Quittung darüber zusammen mit dem Angebot in einer besonderen Umschlag. Nach Beendigung der Ausschreibung wird das Geld zurückerstattet.
Das Landesverteidigungs-Ministerium Handelsabtlg. der Intendantur.

Wir beabsichtigen Anfang des Monats zur Koenigsberger Ostmesse vom 13—18. März eine Sondernummer herauszugeben. Die Nummer erscheint in erhöhter Auflage und wird in allen Geschäftsbüros und Fabrikkontoren, in den Restaurants, auf den Bahnhöfen in Litauen und Ostpreussen sowie auf der Messe selbst zur Verteilung gelangen. Die Nummer „KÖNIGSBERGER MESSE“ ist die beste Gelegenheit für Reklameannoncen.

DARUM INSERIEREN SIE SOFORT!!!

Wir gewähren unseren Kunden für diese Nummer einen Vorzugspreis von M. 2.50 für die 6 gespaltene Petitzelle.

Annahmestellen durch die Expedition der „Lit. Rundsch.“ und alle Annoncenexpeditionen.
D. Redaktion.

Das Waren-Zentrallager der Intendantur in der Zemaiciu g-ve 5 wird in den Tagen vom 7. bis 14. März an den Meistbietenden abgeben:

Für die Verwendung im Heere ungeeignete Wirtschaftsfahrzeuge und deren Zubehörteile, Schlitzen, Geschirre und Geschirrtelle.

Ferner verschiedene Galanteriewaren, wie Messer, Scheren, Rasiermesser, Spiegel Leibriemen u. a. m.

Interessenten erfahren Näheres an Ort und Stelle in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 3 Uhr nachm., Sonn- und Feiertage ausgenommen.
94

SUCHE

eine Stelle als Lohnmüller oder eine Mühle zu pachten.

Ang. an L. Jansohn, Sohauzen, Grossestr. 26.

Neue Journale

eingetroffen!

Buchhandlung der „Lit. Rundschau“.